

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Geschehnisse in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Koalitionsbeschlüsse zum Erhalt des Wirtschaftswachstums, die Fortführung des Bundeswehreinsatzes in Bosnien und Herzegowina, über Bürokratieabbau für den Mittelstand sowie über Maßnahmen zur effektiven Regulierung der Finanzmärkte.

Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Beschlüsse der Koalition vom vergangenen Sonntag](#)
2. [ALTHEA](#)
3. [Weniger Bürokratie für den Mittelstand](#)
4. [Effektive Regulierung der Finanzmärkte](#)
5. [Relevantes für Mannheim und die Region](#)



KEN MÄRCHEN

Zeichnung: Tomicek

## **1. Beschlüsse der Koalition vom vergangenen Sonntag**

Die Koalition hat am vergangenen Sonntag eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, um auch für das kommende Jahr eine gute Wirtschaftsentwicklung zu garantieren. Im Jahr 2011 hat sich unsere Wirtschaft trotz Wirtschafts- und Finanzkrise gut entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich um knapp drei Prozent wachsen und die Arbeitslosigkeit ist auf dem geringsten Stand seit 20 Jahren. Möglich geworden ist diese Entwicklung durch eine beeindruckende Gemeinschaftsleistung von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Politik. Nun geht es darum, die Grundlagen unseres Erfolges auszubauen. Dazu braucht es eine christlich-liberale Politik der ökonomischen Vernunft und des sozialen Ausgleichs sowie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Aus diesem Grund hat sich die Koalition am vergangenen Sonntag auf einen Maßnahmenkatalog verständigt, dessen wichtigste Punkte ich Ihnen im Folgenden kurz darlegen möchte.

Es wurden Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen beschlossen. Im Konkreten wird das steuerfreie Existenzminimum angehoben, eine entsprechende Tarifverschiebung vorgenommen und ein Ausgleich für die verdeckten Steuererhöhungen geschaffen, die sich aus der Lohn- und Preisentwicklung ergeben. Die inflationsbedingten Steuererhöhungen sollen in zwei Schritten, zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014, im Volumen von insgesamt rund sechs Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden, wobei die Entlastungswirkung in 2013 zwei und in 2014 weitere vier Milliarden Euro betragen wird.

Des Weiteren hat sich die christlich-liberale Bundesregierung einer erneuten Reform der Pflegeversicherung angenommen. Um die bisherige Benachteiligung Demenzkranker zu beseitigen, sollen allgemeine Betreuungsleistungen, die sich insbesondere an Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz richten, ebenfalls Bestandteil der Pflegeversicherungsleistungen sein. Beschlossen wurde, den Beitragssatz hierzu um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2013 anzuheben, wodurch der Pflegeversicherung rund 1,1 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollen die Bürger zur privaten Vorsorge angespornt werden, weswegen künftig auch die freiwillige private Vorsorge für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit ab dem 1. Januar 2013 steuerlich gefördert wird.

Um Familien weiter zu entlasten, hat die Koalition beschlossen, ab dem Jahr 2013 als zusätzliche Anerkennungs- und Unterstützungsleistung ein Betreuungsgeld in Höhe von zunächst 100 Euro für das zweite und ab dem Jahr 2014 in Höhe von 150 Euro für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes einzuführen.

Eine große Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wird in den kommenden Jahren der Fachkräftemangel sein. Um dem entgegenzutreten, sind wir auf Hochqualifizierte aus dem Ausland angewiesen. Damit diese leichter nach Deutschland kommen können, hat sich die Regierungskoalition auf die Einführung einer „blue card“ verständigt. Außerdem wird die Gehaltsschwelle für die Erlangung einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis von derzeit 66.000 auf 48.000 Euro abgesenkt.

Schließlich einigte man sich noch auf einen Investitionsschub von 1 Milliarde Euro für die Verkehrsinfrastruktur, um die in die Jahre gekommene Verkehrsinfrastruktur Deutschlands zu erneuern.

## **2. ALTHEA**

In dieser Woche wurde über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ALTHEA“ zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina debattiert. Das Mandat soll unverändert bei Absenkung der Personalobergrenze von 900 auf 800 Soldaten fortgeführt werden. Auch ein Jahr nach den Wahlen vom 3. Oktober 2010 bleibt die Lage in Bosnien und Herzegowina kompliziert. Die Regierungsbildung ist bis heute nicht erfolgreich abgeschlossen. Die CDU/CSU hält deshalb eine Verlängerung des Mandats für erforderlich, um Stabilität und Frieden in dieser Region zu stärken.

## **3. Weniger Bürokratie für den Mittelstand**

Die christlich-liberale Koalition will den Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, weiter stärken, indem Vorschriften vereinfacht und Bürokratiekosten gesenkt werden. Aus diesem Grund haben wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Weniger Bürokratie für den Mittelstand – Den Erfolgskurs fortsetzen“ beschlossen.

Noch vor fünf Jahren mussten die Unternehmen in Deutschland rund 50 Milliarden Euro im Jahr für Bürokratiekosten aufwenden, inzwischen sparen sie jährlich deutlich über zehn Milliarden Euro ein. Wir wollen diesen Weg weiter gehen und über die Informationspflichten hinaus den sogenannten Erfüllungsaufwand reduzieren, beispielsweise für die Aufbewahrung von Rechnungen und Belegen oder für zollrechtliche Nachweispflichten. Angedacht ist ebenso die Befreiung von Bilanzierungsvorschriften bei Kleinstunternehmen, die Einschränkung der Schriftformerfordernis bis hin zu vereinfachten Zulassungsverfahren für Kraftfahrzeuge.

## **4. Effektive Regulierung der Finanzmärkte**

Beim G-20 Gipfel in Cannes in der vergangenen Woche wurden Vereinbarungen zur Finanzmarktregulierung getroffen. Die Staats- und Regierungschefs haben beschlossen, global systemrelevante Finanzinstitute (G-SIFIs) stärker zu regulieren. Dazu wurde eine Liste von 29 G-SIFIs veröffentlicht, die jedes Jahr im November aktualisiert wird. Für diese Banken, die bislang als "too big to fail" gelten, sollen Restrukturierungsverfahren entwickelt werden, damit in Zukunft im Konkursfall nicht der Steuerzahler eintreten muss. Eine weitreichende Entscheidung war der Beschluß, daß Banken ihre Eigenkapitalquote erhöhen müssen. In Deutschland sind hiervon die Deutsche Bank und die Commerzbank betroffen. Einig waren sich die Staats- und Regierungschefs der G20 auch, den Derivatemarkt stärker zu kontrollieren. Dadurch soll erreicht werden, daß kein Akteur, kein Handelsplatz und kein Finanzmarkt-Instrument ohne wirksame Aufsicht und Regulierung sein darf.

## **5. Relevantes für Mannheim und die Region**

### **Bund investiert in Mannheimer Wasserstraßen**

Rund eine Million Euro investiert der Bund in die Mannheimer Wasserstraßen. Dies erfuhr ich aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. So wurde inzwischen mit den Ufersicherungsmaßnahmen am Rhein in Mannheim begonnen, die bis Ende März 2012 abgeschlossen sein sollen. Mit dem Umbau und der Instandsetzung der Schiffsschleusenanlage Feudenheim soll im Jahre 2013 begonnen werden. Von den hierfür vorgesehenen 1,4 Millionen Euro wurden inzwischen bereits ca. 645.000 Euro für Baugrunderkundungen und Planungsleistungen ausgegeben. Ich bin der Auffassung, dass die Wasserstraßen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Für Mannheim und seine Wirtschaft sind Rhein und Neckar lebensnotwendig. Ich begrüße deshalb die Investitionen in unsere Wasserstraßen.

### **Baldiger Bau des Bahnsteigs F am Hauptbahnhof Mannheim in Sicht**

Den baldigen Neubau eines neuen Bahnsteigs F für den Hauptbahnhof Mannheim halte ich für dringend geboten. Der Neubau soll verhindern, dass überregionale ICE- und IC-Züge dieselben Bahnsteige benutzen müssen wie die S-Bahn und Regionalzüge. Durch die gemeinsame Nutzung kommt es auf dieser Strecke bislang häufig zu Verspätungen. Ich erhielt vom zuständigen Eisenbahn-Bundesamt die Auskunft, dass die DB Netz AG bis Ende November dieses Jahres ein neues Schallgutachten mit voraussichtlichen Zugzahlen bis 2025 vorlegen muss. Erst nach Erhalt dieser Unterlagen kann das Verfahren weiter bearbeitet und an das zuständige Regierungspräsidium in Karlsruhe weitergeleitet werden, wo ein Anhörungsverfahren durchgeführt werden wird. Das Eisenbahn-Bundesamt kann erst nach Abschluss dieses Verfahrens eine Einschätzung abgeben, bis zu welchem Zeitpunkt eine planungsrechtliche Entscheidung für den Neubau des Bahnsteiges F möglich ist. Beim Mannheimer Hauptbahnhof handelt es sich um einen wichtigen regionalen und überregionalen ICE Knoten. Der Ausbau muss zeitnah verwirklicht werden. Ich habe deshalb die DB Netz AG in einem Schreiben aufgefordert, die fehlenden Antragsunterlagen umgehend einzureichen, damit das Antragsverfahren zügig abgeschlossen werden kann.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)